

Herr Bamberg erklärte in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates, dass es die Absicht dieses Antrags sei, den Charakter von Sankt Augustin als weltoffener Stadt hervorzuheben. An der Gedenkstätte solle den Opfern rechten Terrors gedacht werden. Es solle ein Zeichen gegen Rassismus gesetzt werden. Über den Ort und die konkrete Ausgestaltung der Erinnerungsstätte könne künftig auch hier im Ausschuss beraten werden.

Frau Bergmann-Gries betonte die lebendige Erinnerungskultur in der Stadt, u. a. das Projekt 8sam!. Auch nach dem Ende des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds und der damit verbundenen juristischen Auseinandersetzung gäbe es weiterhin rechten Terror in den Deutschland. Daher müsse ein Zeichen gesetzt werden. Herrn Bamberg und dem Integrationsrat sei für diesen Antrag zu danken.

Frau Jung bemerkte, dass die Zahlen von rechtsextremen Straften erschrecken würden. Dennoch müsse die Frage gestellt werden, was ein Denkmal für einen Zweck habe. Es solle erwogen werden, dies in das Projekt 8sam! zu integrieren und so ein Konzept zu entwickeln.

Herr Metz begrüßte die Beschlussempfehlung des Integrationsrates. Gedenken im Hinblick auf rechten Terror bedeute Prävention. In der Geschichte der Bundesrepublik habe es viele Todesopfer rechten Terrors gegeben. Es handele sich allerdings um ein sensibles Thema und es müsse ausformuliert werden und weiter beraten werden, wem bzw. welchen Opfern gedacht würde. Dies erfordere weitere Arbeit bzw. Auseinandersetzung und eine genaue Konzeption.

Herr Schell sagte, dass darüber nachgedacht werden müsse wem und was gedacht werden müsse. Dies könne innerhalb des Projekts 8sam! beraten werden. Es sei zu betonen, dass grundsätzlich jedes Opfer von Terror eines zu viel sei.

Herr Knülle sagte, dass es sehr gut, wenn dem Antrag aus dem Integrationsrat gefolgt würde und so eine Grundsatzbeschluss für Sankt Augustin gefasst würde. Die Frage der weiteren Ausgestaltung eines Gedenkortes wie von Martin Metz und Uli Bamberg vorgeschlagen führe gerade zu einer Auseinandersetzung mit den Fragen danach, wem oder was in Sankt Augustin gedacht werden solle und warum etwa Rechtsextremismus eine Gefahr für eine offene und tolerante Gesellschaft darstelle.

Herr Koculan erklärte, dass er den Antrag positiv sehe und dass gerade der Vorschlag 10+1 bzw. 11 Bäume zu pflanzen umgesetzt werden könne und solle.

Frau Bergmann-Gries schloss sich ihren Vorredner dahingehend an, dass eine lebendige Erinnerungskultur darauf basiere, dass nicht einfach nur ein Denkmal irgendwohin gestellt werde und das Thema somit abgehakt werde. Eine weitere Auseinandersetzung und Beschäftigung mit der Vergangenheit sei wichtig und notwendig. In Sankt Augustin gäbe es bspw. die Veranstaltungen in den Ortsteilen zum Volkstrauertag. Auch der Integrationsrat leiste hier vorbildliche und wichtige Arbeit. Gerade ein Vorgehen gegen völkisch unterwanderten Extremismus sei wichtig.

Herr Köhler lobte den Antrag und sah in einem Beschluss den Startschuss für das

weitere Nachdenken über eine sich weiter entwickelnde Erinnerungskultur in Sankt Augustin.

Der Bürgermeister fasste zusammen, dass an diesem Tage ein Grundsatzbeschluss gefasst werden könne, also grundsätzlich eine Gedenkstätte einzurichten. Der Ort, die Finanzierung und die genaue Ausgestaltung müsse anschließend nochmals eruiert werden.

Herr Knülle schlug ergänzend vor, dass eine Gedenkstätte einen starken symbolischen Charakter haben solle bzw. klar das Signal ausgesendet werden, dass eine offene demokratische Gesellschaft und Pluralismus stärker seien als Hass und Extremismus.

Frau Jung bemerkte, dass man die Schulen hierbei integrieren könne, die Schüler dazu angeregt werden könnten, eigene Bäume zu pflanzen bzw. diese als Signal gegen Extremismus zu gestalten.

Herr Schell zeigte sich erfreut darüber, an dieser Stelle einen Grundsatzbeschluss fassen zu können.

Herr Metz schlug vor, den Beschlussvorschlag, der im Integrationsrat angenommen worden ist, dahingehend abzuändern, den zweiten Satz zu streichen und wie folgt zu ersetzen: Die Verwaltung wird beauftragt zur konkreten Ausgestaltung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Politik mit Einbeziehung des Projekts 8sam! einen Umsetzungsvorschlag zu erarbeiten und den politischen Gremien vorzulegen.

Der Bürgermeister ließ über diesen geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Integrationsrat bittet den Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- **Es wird ein Erinnerungsort für die zehn NSU-Opfer und die weiteren Opfer errichtet, die durch rechtsextremistische Angriffe zu Tode gekommen sind.**
- **Die Verwaltung wird beauftragt zur konkreten Ausgestaltung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Politik mit Einbeziehung des Projekts 8sam! einen Umsetzungsvorschlag zu erarbeiten und den politischen Gremien vorzulegen.**

Einstimmig